

Mitteilung Nr. MIT-AF 4/2023		
zur Anfrage Nr. nach § 38 GOSTVV der Stadtverordneten der Fraktion vom	AF-4/2023 Petra Coordes DIE GRÜNEN PP 25.01.2023	
Thema:	Bildungszielplanung 2023 der Agentur für Arbeit Bremen/Bremerhaven und der Jobcenter Bremen und Bremerhaven (Förderung der Beruflichen Weiterbildung) (GRÜNE PP)	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Der Antrag/Die Anfrage* lautet:

Bildungszielplanung 2023 der Agentur für Arbeit Bremen/Bremerhaven und der Jobcenter Bremen und Bremerhaven (Förderung der Beruflichen Weiterbildung)

Der Bericht der Agentur für Arbeit Bremen/Bremerhaven und der Jobcenter Bremen und Bremerhaven zur Bildungszielplanung 2023 führt aus, dass für das Jahr 2023 eine gemeinsame Bildungszielplanung der Agentur für Arbeit sowie der beiden Jobcenter Bremen und Bremerhaven erstellt wird.

Die Zielbeschreibung der gemeinsamen Bildungszielplanung legt dar, dass im Rahmen der Weiterbildungsstrategie der Bundesregierung eine Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung erreicht werden soll und hier insbesondere Geringqualifizierte in den Blick genommen werden sollen.

Für das Jobcenter Bremerhaven sind laut Bildungszielplanung 450 Eintritte in die berufliche Weiterbildung geplant. Dies würde, so die Darstellung, 25 Prozent des Gesamtbudgets für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Bremerhaven in Anspruch nehmen.

Wir fragen den Magistrat:

1. In welcher Höhe stehen dem Jobcenter Bremerhaven für 2023 monetäre Mittel für arbeitsmarktpolitische Instrumente (Eingliederungstitel) zur Verfügung?
2. Wie hoch sind die Verwaltungskosten beim Eingliederungstitel?
3. Wie verteilen sich die zur Verfügung stehenden Mittel auf die einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumente?
4. Wie viele der geplanten Eintritte in die Förderung der beruflichen Weiterbildung sind

abschlussorientierte Maßnahmen?

Petra Coordes und Fraktion DIE GRÜNEN PP

II. Der Magistrat hat am 22.02.2023 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

1. In welcher Höhe stehen dem Jobcenter Bremerhaven für 2023 monetäre Mittel für arbeitsmarktpolitische Instrumente (Eingliederungstitel) zur Verfügung?

Dem Jobcenter Bremerhaven wurden gemäß der Eingliederungsmittelverordnung 2023 für arbeitsmarktpolitische Instrumente 19.240.531 Euro zugeteilt. Dieser Betrag kann jedoch nicht vollständig für das Neugeschäft 2023 zugrunde gelegt werden. Von diesem Budget sind die Verpflichtungsermächtigungen aus Vorjahren sowie der geplante Umschichtungsbetrag zugunsten des Verwaltungskostenbudgets abzuziehen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Rückzahlungen aus dem Sozialdienstleister-Einsatz-Gesetz (SodEG) liegt das Eingliederungsbudget bei 15.959.534 Euro.

2. Wie hoch sind die Verwaltungskosten beim Eingliederungstitel?

Für 2023 wird mit einem Umschichtungsbetrag zugunsten des Verwaltungskostenbudgets i.H.v. 3,3 Mio. Euro gerechnet. Die größten Positionen der Verwaltungskosten stellen hierbei die Personalkosten dar. Die aktuell laufenden Tarifverhandlungen des TVÖD haben Auswirkungen auf die Gehälter beider Träger des Jobcenters. Aufgrund der hohen Gewerkschaftsforderungen und des ungewissen Ausgangs der Verhandlungen sind die Planungen mit einer großen Unsicherheit verbunden.

3. Wie verteilen sich die zur Verfügung stehenden Mittel auf die einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumente?

Eingliederung Schwerbehinderte:	1,25%
Förderung berufliche Weiterbildung:	22,68%
Eingliederungszuschuss:	3,13%
Vermittlungsbudget:	1,88%
Aktivierung + berufliche Eingliederung	31,74%
Ausbildungseingliederungszuschuss:	0,06%
Einstiegsqualifizierung:	0,31%
Berufliche Ausbildung (außer-/innbetrieblich) für Benachteiligte:	2,88%
Assistierte Ausbildung:	2,38%
berufliche Reha und SB-Förderung:	3,45%
Arbeitsgelegenheiten:	13,78%
Eingliederung von Langzeitarbeitslosen:	9,09%
Teilhabe am Arbeitsmarkt:	3,51%
Freie Förderung:	0,88%
Einstiegsgeld:	2,82%
Eingliederung Selbstständiger:	0,15%

4. Wie viele der geplanten Eintritte in die Förderung der beruflichen Weiterbildung sind abschlussorientierte Maßnahmen?

Für den Bereich der Bildungsziele mit einer Dauer von mehr als zwölf Monaten (Umschulungen) und abschlussorientierten Fortbildungen sind 158 Eintritte vorgesehen.

Grantz
Oberbürgermeister